

Italien als Vermittler?

Die italienische Öffentlichkeit beobachtet mit Interesse, daß durch die Ausbreitung ganz Europa in eine neue Periode der Unsicherheit und des Chaos getreten ist. Wie gehen darum den Artikel eines russischen Genossen nieder, der darin untersucht, wie weit Italien als Vermittler in Frage kommt und wie rund um Rußland die europäische Frage beurteilt wird.

Die italienischen Zeitungen betrachten die internationale Lage mit steigendem Mißbehagen. Die Situation, die für ganz Europa durch den französischen Raubzug ins Ruhrgebiet verschärft wurde, erscheint noch schwieriger und undurchsichtiger infolge der Ereignisse, die gleichzeitig von anderen Punkten der Welt, hauptsächlich vom Balkan, gewirkt werden. Der jährliche Abbruch der Versailler Konferenz, eine Wiederholung der Feindseligkeiten als gar nicht ausgeschlossen erscheint, ist für Italien von ernstester Bedeutung, denn dieser neue Krieg würde sich nicht mehr abspielen, wie in der Türkei, sondern in Europa abspielen, und zwar an jener Stelle, wo der Weltkrieg seinen Ausgang genommen hat.

Die Nachricht, daß Rußland mit dreißig Divisionen nach Schweden zu der beharrenden Grenze steht, um gegebenenfalls die Türkei zu unterstützen, ist wahrscheinlich übertrieben, aber sicher ist, daß der ganze Balkan in Erregung ist. Aufzuarbeiten ist zur Zeit eine friedliebende Regierung, die wiederum erklärt hat, daß sie die Zugestanden als Blutvergießer ansieht. Die italienischen Zeitungen sind jedoch diesen Erklärungen gegenüber skeptisch. Wie Bulgarien — so sagen sie — auch ruhig bleiben, wenn es mitten in der neuen Katastrophe liegt, oder wird es nicht noch einmal versuchen, den europäischen Traum gegen den alten Feind zu verwirklichen?

Ganz gelockt aber würde Ungarn in einem derartigen Ruhrgebiet nicht ruhig bleiben, wo das blutbesudelte Fortschreiten von der Aufspaltung aller nationalen Interessen herbeiführt. In der Tat lauten alle aus Belgrad, Prag und Warschau kommenden Nachrichten übereinstimmend dahin, daß die magyarische Reaktion sich auf einen neuen Krieg vorbereitet, um ihr Regiment durch kriegerische Erfolge stützen zu können.

Der Zusammenhang dieser Möglichkeiten mit den Erklärungen an der Ruhr ist klar. Denn wenn auch Deutschland seinen Besatzungskrieg führen kann und nicht einmal daran denkt — in Danzig und Ostpreußen — in dem passiven Widerstand Deutschlands gegen den französischen Vormarsch steht ein Signal zu bemerken, das gar nicht gegeben ist: das Signal eines erneuerten Weltkrieges.

Die große Unsicherheit in dieser Rechnung ist Rußland. Will nicht oder durch die italienischen Politiker und Journalisten das russische Gespenst hinter allen Türen antworten. Der unbefangene Beobachter wird diese Bestrebungen Italiens im allgemeinen kühl betrachten. In jedem Falle kann man daran die Nervosität erkennen, mit der die italienische Politik ihre Notlage betrachtet. Getrennt von England, im Gegensatz zu der kleinen Entente, mit schlichtem Unbehagen gegenüber dem französischen Imperialismus — so steht Italien allein, und die faschistische Regierung nimmt ihre Anstöße zu einer Politik des Vabierens und des Unsicheren Ein und Her.

Der letzte Ministerrat hat zu der neuen Lage Stellung genommen, ohne daß die Regierung ihre vorsichtige und unklare Stellung aufgegeben hat. Mussolini hat erklärt, daß die europäischen Probleme durch die ungelöste Reparationsfrage beherrscht seien, und die übrigen Minister haben diese Mitteilung, wie das bei den Sitzungen dieser Regierung üblich ist, ohne Diskussion einstimmig gebilligt. Die Regierung, der offenbar die vorliegenden Tatsachen noch nicht geklärt, hat sich Johann in einer Note bei Poincaré erkundigt, was er eigentlich wolle. Und die französische Regierung hat darauf höflich mit einem lauen Schreiben geantwortet, dessen Inhalt nicht bekannt geworden ist. Man braucht nicht zu zweifeln, daß darin von ihren friedlichen Absichten die Rede ist. Absichten, an die ja ein Mussolini angelehnt der Wirklichkeit glücken kann.

Das einzige Positive, was dieser Ministerrat zutage gefördert hat, ist ein Dementi. Die Regierung hat erklärt, daß

sie mit den kontinentalpolitischen Plänen gewisser Zeitungen nichts zu tun hat und nach wie vor den größten Wert auf ein gutes Einvernehmen mit England legt.

Trotzdem sind diese Gedankenengänge noch nicht ganz zum Schweigen gekommen. Die Idee, um die es sich handelt, resultiert aus der Furcht, daß England, infolge der bevorstehenden Stellung seiner Industrie, das Kohlenarme Italien vollkommen unterjochen könnte. Andererseits fürchtet man, daß über kurz oder lang die französischen Industrien doch mit den Deutschen sich ausbilden könnten, und daß dieser Industriemacht gegenüber Italien ohne die Möglichkeit eines Widerstandes bleiben müßte. Darum konstatiert man das Aufschloß eines Kontinentbündnisses zwischen Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien. Man weiß dadurch einmal, Deutschland von dem angeblichen russisch-russischen Bündnis zu trennen, zum andern schließlich auch England zu einem Anschluß zu zwingen. Diese von keiner Wirklichkeit beruhigten Gedanken entsprechen ganz den Interessen der italienischen Kapitalisten, aber in ihrer Absurdität zeigen sie nur die Unsicherheit der italienischen Politik, die zwischen den englischen und den französischen Stühlen vergeblich nach einem Sitz Ausschau hält.

In jedem Falle liegt eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland angeblich im dringenden Interesse Italiens. Es mehren sich denn auch die Stimmen, die von einer Intervention sprechen. Die offizielle Stefani-Agentur hat darüber Telegramme veröffentlicht, die wiederum als Versuchsdokumente erkennen muß. In Frankreich — und darauf kommt es ja in erster Linie an — sind diese Stimmen höflich, aber ziemlich ablehnend aufgenommen worden. Die regierungsfreundliche Pariser Presse fährt fort, Mussolini als ihren erhabenen Freund für sich in Anspruch zu nehmen, während sie die der Ruhraktion unfeindlichen römischen Ausstellungen als Propagandamache dem mit dem deutschen Kapital verbündeten italienischen Bankkapital denunziert. Die Absicht ist deutlich. Mit dem Wort Bankkapital soll auf Ritti hingewiesen werden, denn — so denken die schlaue Herren am Quai d'Orsay — wenn die Italiener erfahren, daß Ritti gegen die Ruhrbesetzung ist, so wird ihnen das genügen, um die französische Politik als die einzig richtige zu erkennen.

Alles in allem ist somit vorläufig nicht viel von einer italienischen Vermittlung zu erwarten. Regierungen vom Typus der faschistischen, sind auf Erfolge angewiesen, und da Mussolini eingesehen haben muß, daß die faschistischen Methoden auf dem Felde der internationalen Politik nichts nützen, wird er lieber abwarten und sich auf die innere Politik zurückziehen, wo er handeln kann, ohne von gleichstarken Mächten gestört zu werden.

Polen und Litauen

(Von unserm Warschauer Korrespondenten)

Der Konflikt an der Ruhr und die Memelfrage haben in den letzten Wochen die öffentliche Meinung in Polen in starker Aufregung versetzt. Gegenwärtig macht sich eine gewisse Beruhigung bemerkbar. In der Ruhrfrage hat die polnische Regierung wiederholt festgestellt, daß zu einem Eingreifen für sie gar kein Anlaß vorliegt. Wegen der Besetzung Memels hat Polen zwar energisch beim Völkerversammler protestiert, aber auf darüber hinausgehende Schritte zunächst verzichtet. In beiden Angelegenheiten droht daher keine aktuelle Gefahr.

Dagegen hat sich das Verhältnis Polens zu Litauen aus andern Gründen neuerdings zugepunkt. Der Völkerversammler hat in Paris beschlossen, den sogenannten neutralen Streifen zwischen Polen und Litauen durch eine Demarkationslinie zu ersetzen. Der wichtigste Teil dieses neutralen Streifens liegt zwischen dem von Polen gewaltsam annektierten Gebiet von Wilna und Litauen. Litauen hat den Verlust von Wilna noch lange nicht verschmerzt. Einer Aufteilung des neutralen Streifens ist es daher schon bedauerlich abgeneigt, weil es damit gewissermaßen den endgültigen Verlust von Wilna zugestehen würde. Außerdem ist Litauen mit der vom Völkerversammler angeordneten Demarkationslinie nicht einverstanden.

hat unbesiegt — jutraulich dem Vören. Ihre Schlusssätze: eben erworbenen Erkenntnis einer spielenden, bestrafte Ehe-Bekehrerinnen niedlichen Formaten, den Schwärzen, lieblich gegliedert, mit neu erwerbender, veränderter Redeweise vor den großen Wärmern am Tisch auf starker Erhebung föhlich-lebhaft ausgesprochen. Psychologisch vollkommen möglich — ein Violinistenspiel als Ausdruck eines Orchesterchwannts. Wolfgang Schumann.

Vortrag

Mit Kamera und Kino durch die Moritzburger Vogelwelt. In eine gar nicht ferne und vielen Dresdenern doch so fremde Welt führte im ersten Heimatskuchenvortrag Lehrer Bernhardi keine Dörfer: in das Moritzburger Vogelparadies. Nicht im Wartenredes Wissenschaftlers trat er einher, sondern im Hohenfittel des Lichtbildjägers, der mit Kamera und Kino das gefederte Volk beleuchtete und die scharfen strahlenden Sinne mit tausend Bildern schäufte; der während auf mooriger Stunde, hoch oben im Nierenstempel oder bis zum Sinn umspült vom Reichswasser Stunden über Stunden auf dem Anstand lauert, oft vergebens, dann aber doch einmal vielleicht belohnt durch einen glücklichen Augenblick, der ihm das erlörene Opfer in ungezogenem Lebensgehören auf die Waage oder den Film liefert. Viele hunderte Vogelarten hat Lehrer Bernhardi in Moritzburg und Umgebung wahrgenommen; die meisten waren durchreisende Gäste, doch immer noch über hundert Arten sind dort heimisch, und zu gewissen Zeiten kann man etwa sechzig davon auf einmal beim Vorkommen antreffen.

Es gehört freilich ein geübtes Auge, vielleicht sogar eine ganz besondere Bitterung dazu, die verschiedenen Ritz- und Strichlinien aufzulapfen, sei es in den Füllhöhlen morscher Nüsse oder in den Döhlungen der Waldkämme, unten im Straie oder oben im Gezwerg, zwischen schwankenden Mohrlangen, auf sumptigen Schilfsäulen oder mitten unter den Weizenfeldern. Genaue Bekanntschaft mit den Gewohnheiten der einzelnen Arten ist ferner nötig, um aus Art und Anlage richtig auf die Beobachter zu schließen. Und so dicht an die Vögel heranzukommen, daß Auge und Objektiv die schönen Tiere scharf erfassen können, dazu gehört eine ininnerliche Erkundungsgabe, Verständnis für die Vogelweise und vor allem — Geduld, Geduld und nochmal Geduld, von dem notwendigen Glück ganz abgesehen. Das Mittrauen der Vögel gegen den Menschen zu täuschen, gelang dem Lehrer Bernhardi zum Teil dadurch, daß er sich ihren Mangel an Hitzvermögen nutzbar machte. Mit einem Regler durch einen Umhang bereit, rüde er heran, gleichsam ein Wesen mit zwei Köpfen, an geeigneter Stelle wartet er sich nieder und lichte Deckung, der andre ging weiter, und der Vogel, dem nicht auffiel, daß über dem Umhang jetzt ein Kopf weniger lag, glaubte bald jede Gefahr vorbei. Wegen die Scheu der Tiere vor dem photographischen Apparat mußten allerlei Maßnahmen getroffen, und an das Ausbehalten mußten sich manche allmählich durch nachkommende Leute mit dem Munde gewöhnen.

In ungebrungenem, humorvollem Vortrag schilderte der Red-

Der litauische Vertreter hat daher auf der Völkerversammlung in Paris erklärt, Litauen werde sich der Aufstellung des neutralen Streifens nichtigfalls gewaltsam widersetzen.

Damit ist die Gefahr eines polnisch-litauischen Zusammenstoßes mit allen ihren unvorstellbaren Folgen wieder in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Der polnische Außenminister Strahmski hat vor dem polnischen Sejm am 6. Februar ausdrücklich erklärt, Polen werde unter allen Umständen bis zum 15. Februar den ihm zugesprochenen Teil des neutralen Streifens in Besitz nehmen. Dieser Termin bildet also einen kritischen Tag für die östlichen Verhandlungen.

Der Außenminister hat bei der genannten Gelegenheit mit großem Pathos von der notwendigen Wahrung der Verträge und der friedlichen Stimmung Polens gesprochen. Er hat freilich nicht erwähnt, auf welche Weise Polen in den Besitz des Wilnaer Landes oder Ostgaliziens gekommen ist und daß Polen heute noch auf seine östlichen Gebiete der Entente gegenüber keinen Rechtsanspruch hat. Aber der Völkerversammler hat wohl in der Frage Memels wie in der des neutralen Streifens Litauen in scharfer Weise gebroht, in die polnischen Gebietsfragen sich jedoch nie in ähnlicher Form eingemischt. Schließlich gilt ja auch in der Politik, daß man im allgemeinen nur die kleinen Diebe hängt.

Die Verrohung des Bürgerturns

Aus Warschau wird uns geschrieben: Am 31. Januar ist in der Barkhauer Zitadelle der Kurttmaler Niewiadomski erschossen worden, der im Dezember vorigen Jahres den ersten polnischen Staatspräsidenten Karutowicz mordschicks ermordet hatte. Es liegt eine fast groteske Tragik darin, daß die von Niewiadomski seit langem geführten Nordpolen Pilsudski gatten und Karutowicz eigentlich nur als „Symbole“, wie es Niewiadomski selbst nannte, der Politik Pilsudskis stel. Die Rolle Pilsudskis in der Psychologie des Wörbers erklärt aber auch, daß Niewiadomski mehr und mehr ein Nationalheld des polnischen Nationalismus wird. Denn für den polnischen Chauvinismus hat sich Pilsudski allmählich zum bösen Geist Polens entwickelt — der Mann, der für Polens Unabhängigkeit lahrhlang gekämpft und in deutschen und russischen Kerkern gefesselt hat.

Wir kennen die Erscheinungen von Nordwahnsinn und Verrohung auf politischer Wofis aus der Zeit des Rathenauer Nordes. Und wie in Deutschland das rechtsstehende Bürgerturn diesen Nord billigte und in den Wörbern Seldan sah, so wird in Polen die Wörberisierung des Präsidentenmordes nahezu Gemeingut der Rechtsparteien. Mit Tränen in den Augen hörte man im hochfeudalen Sägersklub in Warschau dem Bericht über Niewiadomskis letzte Worte an, die von dem Mann Polens durch Pilsudski handelten. Tagtäglich liest man in den nationaldemokratischen Mäthern von Gelehenessen in Warschau und in der Provinz für den Wörber. Bei der Verurteilung — der Leichnam wurde der Familie ausgehändigt — legte ihm ein Anhänger sein Kopferkreuz in das Grab — für einen Wörbermörder! Photographien und Ausgaben der Werke des Wörbers werden vorbereitet. Nur durch Einbruch der Behörde wurde verhindert, daß ein Bildhauer einen Abguf der Hand des Wörbers — der Nordhond! — machte, und die gesamte Rechtspreffe schreibt von dem Wörber in einem immer gesteigerten Stil der Verrohung.

Kleine politische Nachrichten

Abgelehnter Wftrauensantrag im Thüringer Landtag

Im Thüringer Landtag wurden zwei Anträge betreffend das Wftrauensvotum gegen den Minister des Innern, Herrmann, und gegen den Volksbildungminister, Greil, abgelehnt. Die gesamten Bürgerlichen stimmten in beiden Fällen für das Wftrauensvotum, die Sozialisten dagegen. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme, trotzdem sie vorher sich gegen den Minister äußerten. Für das Wftrauensvotum wurden 30 Stimmen abgegeben, dagegen 20 Stimmen. Da verfassungsgemäß aber eine absolute Mehrheit erforderlich ist, so gelten die beiden Anträge als abgelehnt.

335 Berliner Schulen wegen Kohlenmangels vor der Versetzung. In Berlin werden die Folgen der Kohlenperre bemerkbar. 335 Gemeindefchulen mußten bereits gesperrt werden. Aber auch die andern Schulen der Gemeinde werden dieses Los noch teilen müssen, so daß die Steuerung von 335 Schulen betroffen. Die Stadt- und Vorortbahnen haben die Heizung eingestellt.

mer seine Jagderfahrungen und -abenteuer und zeigte dazu im Sicht bilde die Beute, die er in langen Jahren zur „Strede“ gebracht. Da ergriffen auf der Reimwand Wefelgel aller Art, Weifen, Spieche, Säuze, der Schenbuschard, der Baumholper, der Steinfänger, die Schellente, der Storch, der Uhu und viele mehr. Bis vor die Türen ihrer Wohnungen führte Lehrer Bernhardt die Fäzer, in die Aenderhüben im Nippelgrün und im Nördrich, auf dem Dackfirt und im Ufergrad. Es gab da Aufnahmen von der Iparmanen Schönheit japanischer Farbenholzschnitte, andre, witziger als Zeichnungen von Oberländer oder Wulch. Dinge, die sich fern der Stadt in fleister Verborgerheit abspielten, wurden zum Schauspiel für Zuhelnde flammender Augen: Die Nfütterung der Vogelgeigen, immer furdbar gefähriger und oft sehr drölicher Gefchäfte, wie der kleine langbeinige Kogepfeifer, den der Redner mit Recht einer Waftelewin im Gackelfeichen verglich, oder wie die Mohrdrossel, die einmal sich auftrichtenden Geduld abweil. Man sah, mit welcher aufsperrnden Liebe die Zeichnerflängermettes den jungen Kuckuk im eigenen Nest aufzieht, der bald weit über die Pflegerin und über den Umfang seiner Niene hinauswächst. Gleichsam der Schönmender der Strede wart der sene Rißig, den auf die Wlatte zu bannen Lehrer Bernhardt sich drei Jahre unloft bemühte. Ein Abhender führte von Moritzburg zu der Radmööentolonie auf dem Weiriedel bei Schloß Ködern, und zum Schluß erlarian mit großem Angenehmficht der Uhu des ehemaligen Königs; er ist nun bereits, der letzte seines Geschlechts, in die ewigen Jagdgründe seiner Väter eingegangen.

Es war ein schöner Abend, den Lehrer Bernhardt durch Wort, photographisches und Kinobild den Freunden des Vereins Heimatschutz bereitet. Lebhafter Beifall dankte ihm am Schluß, und es gab gewiß keinen unter den zahlrechen Zuhörern, der nicht dem Redner beipfändete hätte, als er den Schluß dieser eigenartigen Welt eine der vornehmsten Aufgaben jedes Heimatsreubdes nannte. pm.

Dresdner Kalender

Theater am 14. Februar. Opernhaus: Nigros Godzeit (7). Volkstheater Nr. 5079 bis 5144. — Schauspielhaus: Die Frau von Messina (74). Volkstheater Nr. 5140 bis 5181. — Neustädter Schauspielhaus: Die Mäulefärgeln (81/2). Das Komert (74). — Residenz-Theater: Der Weiswilling (81/2). Die Doktorpraxen (74).

Schauspielhaus. Zur Zeit wird eine Reimimindierung von Schillers Maria Stuart, die seit dem 9. Mai 1919 nicht mehr gespielt wurde, vorbereitet; die Aufführung soll am Donnerstag den 1. März stattfinden.

Musikverein. Montag den 13. Februar (74) im Vereinshaus Erbstadt-Abend. Orgelkonzerte, Konzerte in Oduer und D-Moll für drei Klaviere, Gesänge mit Orchester, Violinlänger E-Dur. Mitwirkende: Laura Harpold-Kavner, Elsa Terlich, Maria Söthe, Diesel Mische, Hermann Mann, Gottfried Hofmann-Schl., Rogard-Orchester, Leitung: Schick

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Schauspielhaus. Eine Aufführung gut. Ich habe kürzlich das Bild vom „verschorenen Heispistoren“ gebräut. Es ist auf unser gelamtes Schauspielbezogen worden. Gemeint ist nur die Inszenierung von Romeo und Julia, über deren Verfahrenheit von Anfang an ja kaum Zweifel herrichte. — Unser Schauspielhaus steht nicht im Kampf. Es hat in diesem Winter Terrain und vor allem viel Nerven verloren. Das läßt sich wiedergewinnen. Und heute sind bereits mehr Hoffnungen darauf da, als vor acht Tagen. Die erste und härteste Hohnung ist das bevorstehende Engagement Lilly Manns; sichere Gewähr einiger ganz starker und ausdrucksvoller Aufführungen, sei es Penelope oder Komersholm oder Gerodes und Marianne oder was immer, daneben begründete Aussicht auf eine geistliche Forderung schlechthin. — Die zweite Hohnung schloße ich aus der gelingenden Aufführung von Der Wiberde in der nächsten Schumann. Hier trat Dr. Decarli als Petruschka häufig hervor. Ohne erstickten, ohne grüßigen „Junken“ sah ein freit ausdauernder, wichtiger Mann vom Lande (gar nicht „philistinerhaft“), voll Lust an diesem Spiel mit dem Feuerchen. Vor allem aber voll Selbst, fabelhaft bildnerischer, ungeniert. Seit sei Dank ununterbrochen und überaus in seiner Art reif und klar. Dieser Wärenlauf leuere das ganze Orchester an; die schon erlahmte Aufmerksamkeit kam ins Schauspiel und Summen, in Bewegung und Tur; Beweis, daß mancher nur des — sagen wir's schlicht — des Eifers und der intensiven Erfüllung beharrt, um wieder Leben zu gewinnen. Noch hat diese, auch die Aufführung Mattheier, aber sie rührt und regt sich doch. Katharina redbiva. — Die zweite „Reinigkeit“ des Abends: Olga Fuchs als Rätchen. Ihr Gedäch der neue Schwall nicht durchweg zum Teil. — Es ist tollschel, sie mit Geduld Trohng zu vergleichen. Diese beherrichte die Bretter fast alle. Mit Deunne geütem, fast unvorstellbare Kernverwonne überstelte sie sich stetig den zum Petruschka nicht eigentllich vorherbestimmten Alexander Wirth. Den Schluß brachte sie rheinisch geachtvoll, phantasiehaft unergänzlich; die Rede eines Rätchenden, Großen an alle Frauen der Welt, eines der weilt, wieviel, wie wenig von seinem einleitigen Mat beiligt wird; gesprochen von einer überlegenen Frau, von der das Rätchenhafte als überalrnehm abgesehen war. — Olga Fuchs sagte leicht, mehr sanft als temperamental ein; ein verrorenes Mädchen im Grund bereit, nachzugeben. Sie erregt sich hohelrich in feinen kligen Redheiten. Das in der Verleumungserkennung unerköfche, unigierete Bild „erlaub“ diese Auffassung. Doch unter Aufführung überstente die se Rätchen als bald; vollendes Decarli's Wiberde-Wannere-Petruschka dedte das Versöhnen zu. Eine Aufkale, schimmer sie nun im lauten Wagenraß, verschwindet fast, nur im Gedächtnis rühmend erichepft. Als sie aber die Bretter glättete, über Olga Fuchs auf und erobert den Boden laust-behend. Wädhensson hob, küßt ins grauliche hühbergleitend, gibt sie sich — rätsel-

Die das Notge Heratung sich seine er gilt r ernsten in Gartei, darüber und gar

fährte au Schanl Bestimmung wickel. T der Tag: unruhigun ist. liegt los werde kommene daß das

entspricht Jugend. treiber ha sie nun d tliche Bede Stäthtern mittel ge wir b o r hebe it h laube it Familien in selbion Gebernen „Bodnung“ erbschaftig gesehen b das Verich des bejeht dem Zam kreisel 6, oder mög mit aller Komfima der Reich bittererlamens t tigte an beinade d der geich wahr!) Stamp

wollen. f. könnte. b. meichen. Pire an die So.) A die Verfauch für des S. ferner n bei allen gedandelt zur Zeit n si it: Jurdand langen i. Mar L. den W. lichen B. Eine De ist notw vielfach d. Zustimmung gegen die gerne ein. Westend. Wibertha sich vor z. Stralen. Reichstäl weil er r. feit fünf an die R. sind doch

S ch n e. stüber G. fchreibt. 3. Schöne. D-Moll. Schumann. Felix W. öffentlich sein. Co. dreißig. trelens. R. Kapu. werbedan. D. (damalig. Hopkin. Russiften.

finbet. Baile. stüpfung. Leistung. der Erla. Der erho. gelamter gram. Sch r s. der sich. ausgerei. Leitbera. Weite. A. M. e. Kostens. Kleine. In Bari. Anstöße. schen Ar. gepflich. patriotisch. gnanzge.

Notgesetz und Klassenjustiz

Deutscher Reichstag

Die Reichsregierung legte am Montag dem Reichstag das Notgesetz gegen die Wirkungen des Ruhrstreiks zur ersten Beratung vor. Der Reichswirtschaftsminister Weder machte sich seine Aufgabe, den Gesetzentwurf zu begründen, recht leicht. Er gliedert mit einigen vaterländischen Redewendungen über die ersten wirtschaftlichen Probleme hinweg. Der Redner unserer Partei, Genosse Söllmann, ließ demgegenüber keinen Zweifel darüber, daß der Sozialdemokratie dieser Gesetzentwurf ganz und gar unzulänglich erscheint.

Genosse Söllmann

fürte aus: Der Gesetzentwurf nimmt einige Bestimmungen des Schanksteuergesetzes voraus. Es hat sich gegen diese Bestimmungen ein Sturm aus den Interpellationen entwickelt. Das kann uns nicht einleuchten, in solcher Not gilt doppelt der Satz: Das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz. In einer Verantwortung des christlichen Gewissensstandes, der eine Verantwortung ist, liegt keine Veranlassung vor. (Zustimmung.) Für einen arbeitenden Arbeiter und Angestellten werden Reich, Staat und Kommunen Sorge zu tragen haben. Notwendig ist, zu verhindern, daß das Gesetz durch private Klubs umgangen wird.

Das Alkoholverbot für Jugendliche

entspricht einer Forderung der gesamten organisierten deutschen Jugend. Die öffentliche Anpreisung der Alkoholverkauf und Preisvertrieb hat meine Partei schon seit Jahren gefordert. Wenn wir sie nun durchsetzen können, werden wir uns freuen. Unüberwindliche Bedenken haben wir gegen die Vorschriften über den Verkauf und Sichtvermerkungen. Diese Bestimmungen können zu einem Kampfmittel gegen politische Feinde werden. Auch waren wir vor jeder Fremdenverfolgung. Sie haben uns im Ausland über alle Länder hinweg. Das ist für die aus dem Ausland ausgewiesenen Familien unbedingt Wohnungsverhältnisse geschaffen werden muß, ist selbstverständlich. Wir bezweifeln aber, ob die Bestimmungen des Gesetzesverweises praktisch durchführbar ist, die verlangt, daß die Wohnungsverhältnisse diesen Familien vor allen anderen vorgezogen werden sollen. Wir sind der Meinung, daß dies in manchen Orten rein unmöglich ist, kann das Verfahren auch zu lange dauern. Man muß sofort in der Nähe des besetzten Gebietes Maßnahmen ergreifen. Gegen den Artikel 6, der der Reichsregierung freie Ermächtigung zum Erlass aller möglichen Verordnungen geben soll, erklärt sich meine Fraktion mit aller Entschiedenheit. Wir sind zwar für alle zweckdienlichen Kampfmaßnahmen, aber wir wollen diese nicht in die Ermächtigung der Reichsregierung stellen, sondern verlangen, daß gerade in diesen bittersten Wochen die Regierung unter die Kontrolle des Parlaments gestellt werde. (Leb. Zustimmung h. d. Soz.) Das Wichtigste an dem ganzen Gesetz ist das, was ihm fehlt, und ihm fehlt beinahe alles. Es entspricht in keiner Weise der ungeheuren Not der geschädigten Arbeiter, in die das Reich hineingeraten ist. (Sehr wahr!) Wir wollen den Gesetzentwurf zu einem

Kampfgesetz gegen diejenigen machen, die durch gemeinsamen Eigentum die deutsche Front erschüttern

wollen. Der Dolch, der uns etwa in den Rücken gestochen werden könnte, blüht niemals in deutschen Arbeiterhänden, sondern in welchen, brillantesten Händen von Betrütern, die als Vampire an unserer Volkstasche saugen. (Leb. Zustimmung bei den Soz.) Man soll auch vom Gegner lernen. Frankreich hindert die Verschärfung seiner Wehrverordnungen an. Das ist ein Weg auch für uns. Wir verlangen das sofortige Aufheben des Schenkungsrechts, daß durch die Wertentwertung die Besitztümer nahezu aufgehoben werden. Die Erbitterung darüber ist bei allen anständigen Steuerzahlern ungemessen. Hier muß sofort gehandelt werden. (Leb. Zustimmung links.) Die Worte ist zur Zeit überhaupt kein regelrechter Markt mehr, sondern ein Markt für spekulierende Hochkapitalisten. Diesem Zustand darf nicht länger tatenlos zusehen werden. Wir verlangen härteste Gegenmaßnahmen gegen den Sturz der Mark. Unterbindung des freien Spiels mit den Devisen, die Devisengeschäfte sollen vom volkswirtschaftlichen Bedürfnis, nicht von der Spekulationsgier geleitet werden. Eine Devisenkontrolle und Einschränkung des Reichsbankverkehrs ist notwendig. Die Reichsbank gibt durch ihren billigen Kredit vielfach erst die Möglichkeit zu Spekulationen im großen. (Leb. Zustimmung.) Wirtschaftspolitisch fordern wir, daß endlich gegen die Preissteigerungen aus der großen kapitalistischen Konjunktur eingeschritten werde. (Zustimmung.) Wenn wir so den Gesetzentwurf ergänzen wollen, so tun wir das, um die deutsche Widerstandskraft zu stärken. Die Presse der Reichsparteien sollte sich vor nationalitätlichen Heberführungen und patriotischen Sphären halten. So hat der Führer der Deutschnationalen den Reichsanwalt Cuno als nationaler Herois gefeiert, weil er mit der Eisenbahn ins Ruhrgebiet gefahren ist. (Seitens links.) Auch wir danken dem Reichsanwalt für seine Treue an die Arbeit, aber unsere Ansprüche an einen nationalen Herois sind doch größer. Ein erheblicher Teil der bürgerlichen Presse

Schneider. Programme zum Eintritt am 15. Februar. Mitteilender hat die Presse.

In der bevorstehenden Aufführung der zwei Trippelkonzerte schreibt Frau Professor A. Kappoldi-Naher uns: A. S. Bach schrieb diese zwei Trippelkonzerte für seine drei Söhne: Philipp Emanuel, Friedemann und Christoph. Das D-Moll-Konzert wurde vor sieben Jahren von Frau Clara Schumann, Franz Liszt (der die Aufführung anregte) und Felix Mendelssohn im Gewandhaus zu Leipzig zum erstenmal öffentlich gespielt. Vor sieben Jahren führten es Anton Rubinstein, Carl Zausig und Hanns v. Wilton in London auf. Vor dreißig Jahren wurde es anlässlich des 2000. öffentlichen Auftretens von Max Aron, von den drei Kammermusikwissenschaftlern, R. Kappoldi-Naher, Max Krebs und Margarete Stern, im Gewandhaus zu Dresden zu Gehör gebracht.

Das C-Dur-Konzert spielte im Jahre 1807 R. Wagner (damals 14 Jahre alt), Madamir v. Wodmann (der berühmte Chopin-Interpret) und Arthur Nikisch (damals 13-jährig) im Musikvereinsaal in Wien unter Josef Hellmesberger Leitung.

Wohltätigkeitsveranstaltungen. Donnerstag den 16. Februar findet im Ausstellungspalast ein Aufführungabend des Balletts der Staatsoper zum Besten der Unterstützungskasse der Ballettmittglieder statt. Die künstlerische Leitung hat Frau Ballettmittglied Susi Dahl unter Mitwirkung der Staatskapelle. Leitung Generalmusikdirektor Fritz Busch. Der erste Teil des Abends bringt mannigfache Darbietungen des gesamten Ballettpersonals, den zweiten Teil ein buntes Programm in reicher Ausschmückung. Als Ansager ist Rudolf Schröder vom Staatlichen Schauspielhaus gewonnen worden, der sich als solcher bei der Nachvorstellung im Opernhaus so ausgezeichnet bewährt hat. Für den Besuch dieser Wohltätigkeitsveranstaltung ist Gesellschaftsanwalt Vorbeschrift. Weitere Auskünfte erteilen die Musikalienhandlung H. Nieß, Seefstraße, und die Kasse der Staatsoper, Taschenberg 8.

Kleine Mitteilungen

Protest französischer Arbeiter gegen die Ruhrkriegsfilme. In Paris wurden nach Verbrennung der roten Fahne in zahlreichen Antheatern Filme mit dem siegreichen Einmarsch der französischen Armeen in Orléans und Orléans von den Arbeitern ausgepfiffen. Als im Montmartre-Viertel einige Kleinbürger dem patriotischen Film Verkauf katzen, wurden sie von den Arbeitern inhaftiert.

wiedert ähnliche Missionen wie im Jahre 1914 und die Ermächtigung kann nicht ausbleiben. Die Franzosen werden nicht aus Furcht vor den Zeitungsausschnitten der deutschen nationalitätlichen Presse nachdrücklich das Ruhrgebiet und die übrigen besetzten Gebiete verlassen. Am Rhein und an der Ruhr ist man ernst, entschlossen und mutig, aber nicht phantastisch. (Leb. Zustimmung.) Wir halten durch, weil wir wissen, daß die deutsche Niederlage in dem uns aufgewungenen Wirtschaftskrieg zu einer verhängnisvollen Verelendung der deutschen Arbeiterklasse führen würde. Wir wollen den Kampf zu einer Grundlage führen, auf der

Verhandlungen

möglich sind, die die Rechte der Republik und das deutsche Wirtschaftsgesetz unangefastet lassen und uns lediglich solche Verpflichtungen auferlegen, die wirklich erfolgreich sind. (Leb. Zustimmung bei den Soz.)

Es ist bedauerlich, daß einige deutsche Zeitungen dem Ausland die Meinung beibringen wollen, als sei die Sozialdemokratie unzuverlässig. Wenn die Sozialdemokratie durch die Frage mit der Frage überföhrt: Gilt die Sozialdemokratie durch, so grenzt das an Landesverrat. Die Sozialdemokratie als härteste Gewerkschaftsorganisation im Ruhrgebiet und am Rhein ist es doch, die in erster Linie die Front gegen den französischen Imperialismus zu halten haben. Diese Front steht fest und unerschütterlich. Von solchen Gedanken aus gehen wir an die Ergänzung des Gesetzentwurfs heran. Wir wollen ihn zu einem Kampfgesetz gegen alle diejenigen machen, die als geheime Verbündete des französischen Imperialismus in unserm Lande die Wirtschaft und die Finanzen verhängen und zu einem Kampfgesetz für die Massen, die in diesem Ringen zur Rettung des Reichs und der Republik aufstehen wollen. (Leb. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Erzing (Zent.) wohnt vor Heberziehungen in der Presse, da dem Volke nur mit einer ausbleibenden Heberziehung der Gegenüber gebietet ist. — Abg. Barz (Komm.) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab und fordert ein Gesetz, wonach die noch ausbleibenden Einkommen- und Vermögenssteuern schleunigst einzugehen und stärkste Maßnahmen gegen Devisenspekulation und Schlemmerei getroffen werden. Auf seinen Vorwurf, daß die Wehrverordnungen verstoßen haben, teilt

Staatssekretär Joel mit, daß wegen Wuchers im Jahre 1920 88 Personen mit Gefängnisstrafe von einem Jahr und darüber, im Jahre 1921 49 Personen verurteilt wurden; mit Buchhaus wurden bestraft: 1920 24 Personen, 1921 10 Personen.

Danach geht die Beratung des Reichsanwalts.

Bei der zweiten Beratung des Staats für 1923 führt

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

beim Durchlauf des Justizministeriums aus:

Wir erheben härtesten Protest gegen den willkürlichen Rechtszustand, den die imperialistische Politik Frankreichs in den besetzten Gebieten herbeigeführt hat. Die von einem belgischen Gericht zum Tode verurteilten deutschen Vorgesetzten sind unschuldig, und wir hoffen, daß die deutsche Regierung alles tun wird, um ihr Schicksal abzumildern. Aber die Regierung muß auch dafür sorgen, daß in Deutschland wieder gutgemacht wird, was Volksgerechtigkeit und Ausnahmegerichte gegen deutsche Männer verübt haben. Wir beantragen die Einstellung aller schwebenden Strafverfahren gegen Leute, die für ihre politische Heberzeugung eingetreten sind. Im Ruhrgebiet sieht sich die Reichsregierung jetzt auf den Streik der Eisenbahner, während sie nach dem letzten großen Eisenbahnstreik gegen dieselben Leute rücksichtslos Prozesse geführt hat. Wir verlangen, daß trotz Wuchers und mit Wuchers alle politischen Belangen freigelegt werden und fragen die Reichsregierung, was sie gegen die bayerischen Volksgerichte zu tun beabsichtigt, die im Widerpruch mit dem Reichsrecht stehen. Heute noch werden in Bayern hundert Oden verurteilt und auch das Reichsministerium für Wiederaufbau hat ein Kolonialabzeichen eingeführt. Die bayerische Regierung verhängt den Ausnahmezustand gegen Nationalsozialisten und wendet ihn gegen Sozialdemokraten an. Überall werden die Gesetze zum Schutze der Republik angewandt, nur nicht in Bayern. Dort finden alle Organisationen Unterdrückung, die im übrigen Deutschland verboten sind. Aber auch auf anderem Gebiet der dem Reichsjustizministerium unterstellten Behörden sieht es schlimm aus. Die Weidner Schöffengerichte pfeifen auf die Reichsverfassung, indem sie die Parteien über die neuen Verfassungsvorschläge über die Weidner nicht unterstützen. Immer noch gilt im Straf- und Zivilrecht zweierlei Recht. Wir erheben die Forderung, daß endlich

mit der Klassenjustiz aufgeräumt wird.

Renner fordert wir, daß unter den Geschworenen und Schöffen die Arbeiterklasse gebührend vertreten ist, wozu solange keine Rede sein kann, als noch die dreifache Ausübung erfolgt.

Über die „Rechtsstaatlichkeit“ unserer Justiz unterrichten folgende Beispiele: Im Vorbesitzverfahren ist eingeschlossenenermaßen ein Nordverurteilung vor, und dennoch haben die Geschworenen die Täter nur wegen Diebstahls und noch dazu unter Jubilation miteinander verurteilt. Wollig verurteilt die Staatsanwaltschaft, wenn monarchistische Elemente gegen die deutsche Republik antreten. Nicht gegen diese Elemente, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen die monarchistischen Grundgesetze auflehnen, werden Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet. Wenn der Reichspräsident Ebert als Schlichter bezeichnet wird, verurteilt die Strafkammer in Emden den Täter zu 3000 Mark Strafe, für die Bezeichnung als „Schnapshubler“ reichen 30000 Mark aus. Wenn aber der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold in einem Heftungsartikel scharf angegriffen wird, beantragt der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. In München ist beim Einrücken der Reichswehr im Mai 1919 gegen die Arbeiterpartei ein Professor Horn geurteilt worden; die bayerischen Gerichte haben in zwei Instanzen die Schwereverurteilung der Witwe mit der Begründung abgewiesen, daß der Geurteilte sich selbst in die Todesgefahr begeben habe, da er Mitglied der Unabhängigen Partei gewesen sei und einen Vortrag über die Revolutionierung der Bildung gehalten habe. Das Reichsgericht hat diesen Spruch allerdings infirmiert. Als die Reichsgerichte Schwere-Not-Geld, insbesondere das Gold, mit einer sehr drastischen Bezeichnung belegt worden war, haben die Geschworenen einen Preispruch ergeben lassen, wobei sie sich auf den Ausdruck eines Schwereverurteilten wählten, wonach schon im Mittelalter in Bayern eine große Abneigung gegen die gelbe Farbe bestanden habe. (Große Heiterkeit.)

Gezwungen möchte ich, ob schon niemals eine Weisung auf Grund der Weisungsverordnung erfolgt ist. Wegen Heberzeugung der Rinderkassabestimmungen werden lächerlich geringe Strafen verhängt. Mit den angekündigten Reformen darf nicht länger gewartet werden. Wir verlangen die Einführung der Berufung gegen alle Urteile der Strafkammern und

die Zugiehung des Laienelements

und der Arbeiterklasse zu den Strafkammern. Dringend ist die Reform der Vorschriften über die Abtreibung. Im Strafvolksgesetz müssen das Prinzip der Humanität und die Berücksichtigung der Individualität maßgebend werden als bisher. Die in Aussicht gestellte Vorlage über das Recht der unehelichen Kinder ist immer noch nicht an uns gelangt. Dringend nötig ist die von allen Seiten anerkannte Reformbedürftigkeit der Heberzeugungsbestimmungen. Den Vorstand der Anwaltschaft sollte man nicht zerschlagen. Die Unzufriedenheit mit der Rechtsprechung ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die Richter noch zu sehr in den Vorstellungen der vorrevolutionären Zeit befangen sind. (Leb. Zustimmung links.)

Die Rede des Genossen Rosenfeld fand selbstverständlich scharfe Erwiderungen von den Reichsparteien, insbesondere der thüringische Amtsrichter Abg. Graf und der Deutschvölkische v. Grafen stellten sich vor den Reichstag und be-

klagten sich über zu hartes Zupacken der Justiz gegen Deutschnationale und Deutschvölkische. Dabei mußte wieder einmal die Thüringer Regierung herhalten. Der thüringische Ministerpräsident, Genosse Frolich, bereite die beiden Rechtsparteien sofort eine Niederlage, die von dem ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und von der gesamten Linken lärmend applaudiert wurde. Es zeigte sich, daß militärisch organisierte Verbände mit Eisenbahnzügen, und zum großen Teil bewaffnet, nach München hatten vorziehen wollen. Daß die Thüringer Regierung und ihre Polizeiorgane das verhindert haben, ist ein durchaus verdienstliches Werk.

Am Dienstag wird die Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums fortgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung

Verband der Maler, Lackierer und verwandter Berufe

Eltern, deren Kinder zu Eltern die Schule verlassen, müssen es als ihre Pflicht betrachten, bei der Berufswahl mit der zuständigen Organisation der Arbeitnehmer in Verbindung zu treten. Ganz besonders gilt dies für die Eltern, deren Söhne das Maler- und Lackierergewerbe erlernen sollen. Selbst wenn man das Günstigste für die Gewandung unseres Wirtschaftslbens annimmt, muß doch hervorgehoben werden, daß in absehbarer Zeit nicht daran zu denken ist, den jungen Leuten im Maler- und Lackierergewerbe ein auskömmliches Dasein zu sichern. Die Löhne der Geübten sinken hinter denen anderer Berufe erheblich einher, weil neben der schlechten Verfassung ein rückständiges Unternehmertum vorhanden ist. Deshalb ist die Ansicht, daß eine Lehrzeit, auch wenn später der Beruf gewechselt wird, immer ein Gutes hat, falsch. Unnütze Opfer sollte sich niemand heute auferlegen. Das tut er aber, wenn er seinen Sohn in dem vorerwähnten Gewerbe unterbringt. Die berufliche Ausbildung läßt infolge der ungenügenden Verfassung viel zu wünschen übrig. Die Entschädigungen an die Lehrlinge sind, weil die Anwesenheit sonderbare Ansichten über die Stellung des Berufes haben, die niedrigsten, die gezahlt werden. Für den Gesundheitszustand (Berufsunfähigkeitsversicherung) wird wenig oder gar nicht durch die Lehrentmeister gefordert. Da ein Lehrling angelehrt, so wechelt er meist den Beruf, da ihm dieser keine Existenzmöglichkeit bietet. An eine selbständige Existenz ist unter den herrschenden Verhältnissen gar nicht zu denken, schon heute sind Hunderte von Lehrentmeistern gezwungen, entweder in der Industrie oder als Gehilfen im Gewerbe wieder ein Interkommen zu suchen.

Aus all diesen Gründen wird gebeten, bevor Auskünfte bei dem Verband der Maler und Lackierer einzuholen, der gern bereit ist, in Einzelfragen die Eltern zu beraten und auch über die Lehrmeister orientiert ist.

Entlassungen von Angestellten bei Reichsbehörden

Nachdem das Reichsjustizministerium und Reichsfinanzministerium durch einen besonderen Erlass infolge der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse angeordnet hat, daß Abänderungen, die vor 31. März ausgesprochen sind, nicht durchgeführt werden und daß die Entlassungen also nicht erfolgen sollen, ist der Hauptverband des Zentralverbandes der Angestellten an das Reichsarbeitsministerium herangetreten, damit auch die im Bereiche des Reichsarbeitsministeriums ausgesprochenen Massenentlassungen vor 31. März rückgängig gemacht werden. Diese Aktion hätte vollen Erfolg. Durch eine Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Zentralverband der Angestellten sind die Abänderungen zurückgenommen worden. Angeschlossen sind der Rücknahme übrigen Abänderungen bei Behörden, die bis 31. März ausgesprochen sind.

Rechtsanwaltskammer. In der Tarifstreitigkeit des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, gegen den Dresdner Anwaltsverein hat das Arbeitsministerium die Entscheidung der Reichsjustizverwaltung Dresden kassiert und die Streitigkeit erneut an den Schlichtungsausschuß verwiesen. Dadurch wird das Schlichtungsverfahren gegen den Anwaltsverein wieder aufgenommen. Bekanntlich hatte der Schlichtungsausschuß Dresden die Beschwerde des Zentralverbandes der Angestellten gegen den Dresdner Anwaltsverein auf Festsetzung der Gehälter abgewiesen, weil der Schlichtungsausschuß unter Einwirkung eines unparteiischen Vorsitzenden auf dem Standpunkt stand, daß der Anwaltsverein nicht berechtigt sei, Tarifverträge abzuschließen. Durch die Entscheidung des Arbeitsministeriums ist nun die Entscheidung des Schlichtungsausschusses, die sehr viel Staub aufgewirbelt hatte, aufgehoben worden.

Steinarbeiter. (Berkheim- und Großalagruppe.) Für die Zeit ab 1. bis mit 14. Februar wird auf den Normallohn einschließlich folgende Zulage gewährt: Stundenlohn 303 M, pro Stunde, 1100 weitere 30 Prozent auf den Grundlohn. Die Zulagen bleiben wie bisher bestehen und sollen ab März einer Neuordnung unterzogen werden. Wo dieser Lohn noch nicht zur Auszahlung gekommen ist, muß er am nächsten Zahlungstag nachgezahlt werden.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Unserem Bericht über die Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist folgendes Ergebnis der Vorstandswahl nachzutragen: Der bisherige geschäftsführende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, darunter Falkenberg als Vorsitzender. Neu hinzugewählt wurde als Vertreter der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten Runge, Hannover.

Dresdens Sirtinische Madonna als Pfand?

Einige Mütter behaupten, in Dresden sei die Hebung eingegangen, die Franzosen beschlagnahmten, das berühmte Bild der Sirtinischen Madonna im Dresdner Zwinger als Pfand zu verlangen. Wie wir hören, ist an den zuständigen Stellen davon nichts bekannt. Es scheint sich um eine der vielen Bauverweigerungen zu handeln, die die Franzosen in die deutsche Presse hineinzuwerfen.

Der Dollar 27 630,75

	Berlin, 13. Februar. (Mittl.)			
	18. 2.	18. 2.	12. 2.	12. 2.
	Geld	Ursch.	Geld	Ursch.
Holland . . . 1 Gulden	10922,02	10977,38	10072,50	11027,50
Dänemark . . . 1 Krone	5296,87	5263,15	5211,93	5298,07
Schweden . . . 1 Krone	7831,62	7893,88	7856,06	7893,44
Norwegen . . . 1 Krone	5211,98	5235,07	5157,12	5162,98
Schweden . . . 1 fin. Mark	728,17	731,88	1511,21	748,87
Schweden . . . 1 Krone	6211,98	6238,07	5238,87	5258,13
Wien beizugeben				
100 Kronen	39,30	39,50	39,27	39,47
1 Krone	822,93	827,07	832,61	837,09
100 Kronen	10,87	10,93	10,92	10,98
1 Krone	1508,71	1516,29	1511,21	1515,70
1 Krone	4389,12	4386,28	4367,06	4385,94
1 Krone	1386,65	1343,58	1341,28	1348,87
1 Krone	129575, —	130325, —	130175,75	130298,25
1 Dollar	27630,75	27769,25	27780,50	27869,50
1 Krone	1708,21	1718,79	1710,71	1719,29
1 Krone	10224,87	10275,08	10274,25	10285,75

Wöchentliche Notizen 70.

ra. Berlin, 13. Februar. (Wg. Draht.) Heute vor-mittag trat am Devisenmarkt zunächst eine leichte Befestigung ein. Dollarnoten lagen wieder bis auf 30 000. Bald jedoch trat ein Umkehrung ein. Geringe Mitteilungen, teilweise auf Abgeben der Reichsbank, drückten den Kurs wieder auf 28 500 herab. Von einem großen Geschäft konnte nicht die Rede sein. An der Börse selbst ging der Dollar bis auf 28 000 um.

Sächsischer Kulturtag

Zu Mies fand am 10. und 11. Februar eine öffentliche Tagung für entlassene Soldaten statt. Man erlebt zu gern mal eine angenehme Enttäuschung, wie in diesen Tagen, wo man immer auf das Gegenteil zu rechnen hat. Wer aber mit leisen Tönen (oder auch mit dem stillen Wunsch) nach Mies gefahren war, es möchte ein bescheidenes Häuflein, bestenfalls neugierige Einwohner sich einstellen, der wurde schon im Gewimmel des langgestreckten Saales, der wurde schon im Gewimmel des langgestreckten Saales, der wurde schon im Gewimmel des langgestreckten Saales...

und wie freuen uns, daß sie mit uns suchen wollten — und das Verlangen, einen den graden und besten Weg zu gehen, ist begreiflich. Hier gab's Gegenstände, Widerstände; bedeutsame, „weitsichtige“ Realpolitiker — so der Kultusminister, daneben in der Mehrzahl die Ideologen, Stilmer und Dränger. Diesen war der Vorfall gewisser, aber ebenso groß war das Verständnis für die andern. Bildung, das ist eins der ältesten, neuen innerlichen Mittel, für die Arbeit so überzeugend eintrat, daß alle Einwände verstummten und Kraft uns zustimmte, die wir alle in diesen furchtbaren Tagen der Probe und Veruchung brauchen.

Sachsen

Keine mündlichen Verhandlungen

Auf das Schreiben der Demokraten, die unsre Fraktion zu einer Besprechung für gestern eingeladen hatten, ist vom Vorstand unsrer Landtagsfraktion folgende Antwort erteilt worden:

Das Verdienst der Mieser Ortsgruppe um das Gelingen der Tagung sei nicht zu übersehen. Eine kleine literarische Edele, geführt von dem auch als Stadtverordneten bekannten Genossen Günther, hatte alles geredet und gewonnen, die wertvolle Unterstützung der Stadtverwaltung, die herzliche Aufnahme einiger Duzer Gäste durch die gastliche Einwohnerschaft — mancher von uns hätte ohne dem die kostspielige Fahrt nicht wagen können. Besonders glücklich aber waren sie in der Wahl der Redner, und diese hatten, besonders alle ihren „guten Tag“, Dr. Müller, Felsner, Schreiber, Pöschke, Dr. Koberon, Ostreich; von den berühmtesten Seiten kommend und die verschiedensten Gebiete behandelnd, trafen sie sich alle an einer Stelle ihrer Sebanthätigkeit und führten so die Zuhörer zu einem fast unbewußten Mitsprechen und Mitwirken, zum letzten Ziel aller beratenden Tagungen, dem gemeinsamen, schöpferischen Mit- und Zusammenleben eines höchsten Sebanthätigkeit: Und das war: nicht untergehen wollen mit dem untergehenden Alten, sondern heraus und vorwärts durch Selbstkritik und Selbstaufbau, zur neuen Wirtschaft, zum neuen Leben, zur neuen Schule.

Es erübrigt sich auf diese „Erfindungen“ einzugehen. Die Kommunisten dagegen jubeln einmal wieder über einen „Erfolg“, den sie erlangen haben. Sie hatten zuerst schamlos behauptet, daß die sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ mit den Bürgerlichen eine Koalition eingehen wollen. Nach dem Verhalten unsrer Landtagsfraktion können sie diese Behauptung, die sie sich aus den Fingern gelogen hatten, nicht mehr aufrecht erhalten. Sie müssen wohl oder übel ihren Genossen eingestehen, daß es bis zu einer solchen Koalition noch weite Wege hat. Aber unverkoren wie sie sind, machen sie daraus einen „Erfolg“ ihres Sekretärs und Geheißhelfers. So sehen wir die Kommunisten von Erfolg zu Erfolg taumeln: Nach dem Sturz der Regierung — ein kommunistischer Erfolg, über den die Nationalisten und Radikalen rein aus dem Häuschen gerieten —, jetzt der „Erfolg“, daß es zu keiner Koalition kommt! Ja, ja, denen, die Gott lieb hat, müssen alle Dinge zum Besten dienen.

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens
Von Léon Frapié

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von
A. M. de Grazia und J. Kunde

XX.

Derart waren die von der Agentur Dixon so gepriesenen Neudemanteln und sie kamen zufällig am Tage nach der unterzeichneten, ethischen Szene nach Paris. Ihre Gesichter und Herzen, von Natur so düster, waren durch Verachtung und Meinungsverschiedenheit noch mehr verdunkelt.

Wohl hätte sie gern die Morgue vertrieben, dieses letzte Bureau des Nachweises, wo die jungen, unglücklichen Dienstmädchen mit lebenden Haaren, schwarzen, mit Nadeln zusammengesetzten Haaren und dem festgeschlossenen Mund, der das Geheimnis ihres Namens bewahrt, der Reugier der Pariser einen letzten Dienst erweisen.

nischen Minister würden nur die bürgerliche Politik der sozialdemokratischen Regierung radikal umwälzen. Diese sozialdemokratisch-kommunistische Koalition muß auf eine Lösung der Massen hinauslaufen, indem sie eine radikale Politik vorträgt, die sich nur auf ein bürgerliches Parlament, auf einen bürgerlichen Staatapparat und eine bürgerliche Polizei stützt, und nicht auf die außerparlamentarisch organisierte Kraft der arbeitenden Klasse. Die reichen Erfahrungen aus der Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierung haben tausendfältig den Beweis erbracht, daß eine parlamentarische Regierung, die nicht außerhalb des Parlaments in proletarischen Massenorganen verankert ist, zum Spielzeug der bürgerlichen Klasseninteressen und zum Werkzeug der reaktionären Bürokratie wird. Die kommunistischen Minister in einer sozialdemokratischen Regierung können binnen kurzem im schärfsten Kampfe nicht nur mit der bürgerlichen Klasse, sondern auch mit den sozialdemokratischen Ministerkollegen. Die Sprengung der parlamentarischen sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition wäre unabweislich. An einem solchen Experiment hat aber weder die kommunistische Partei, noch die Arbeiterklasse ein Interesse. Deshalb lehnen es die Kommunisten ab, die gegenwärtige Krise dadurch zu lösen, indem sie in die sozialdemokratische Regierung eintreten.

Die Ausführungen Witzers bestätigen aufs neue, daß eine Koalitionsregierung mit den Kommunisten zur Zeit in Sachsen nicht möglich ist, weil sie die Kommunisten nicht wollen. Die Sozialdemokratie wird sich von dem Wege der Demokratie nicht abdrängen lassen, wozu sie in Sachsen um so weniger Ursache hätte, als hier die Mehrheit des Volkes sozialistisch ist. Wenn Herr Witzler behauptet, daß eine sozialistisch-kommunistische Regierung auf parlamentarischer Grundlage eine Täuschung der Massen wäre, so ist das eine faule Ausrede. Eine solche Regierung könnte alles tun, was unter den heutigen Umständen bei dem jetzigen Stand der Reichsregierung möglich ist, während eine Arbeiterregierung nach kommunistischem Rezept sehr bald mit dem Reich in Konflikt kommen und deshalb zusammenbrechen müßte.

Bürgerliche Demagogie

Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben ausgerechnet, daß das zweimalige Tagen unsrer Parteimitglieder wegen der Regierungskrise angeblich mehrere hunderttausend Mark gekostet habe, daß ein eventueller Landesparteitag noch mehr Gelder verschlingen werde, und die Landtagsabstimmungen, die wegen der Regierungskrise resultatlos verliefen, Millionen gekostet hätten.

Keine Ueberstunden im sächsischen Bergbau

Wie mitgeteilt wird, hat man es im sächsischen Steinlohlengebiet auf Anraten der Betriebsräte nicht zu der letzten Freitag geplanten Urabstimmung unter den Bergleuten über das Verfahren einer Ueberstunde kommen lassen, da die Betriebsräte die Abstimmung für ausfallig erklärten.

ohne zu erschrecken, starr, langgestreckt, mit geschlossenen Augen, die Arme fest am Körper, geheimnisvoll dahintreibend, Dienstmädchen sich nicht durchdrängen!

„Was ist denn los, meine arme Suletta! ... Es ist zu spät, das Wasser kann ihnen nicht mehr helfen ... und mit zwanzig Jahren nimmt man sich das Leben nicht! ... Wenn man bedenkt, daß Sie gehört haben, wie ich so und so viele Male halb bei, bald ferner meine unfehlbaren Wunden angeboten habe! Ach, über die toten Menschen! Ein Mädchen, das es nicht viele Male Sie gibt! Aber ohne meine Willen, armes Mädchen, könnte man in Paris wegen der schwangeren Dienstmädchen sich nicht durchdrängen!“

Suletta stammelte Worte ohne Zusammenhang: Sie hatte sich nicht erinnert ... Frau Coquého schwang ihre schwarze Tasche: „Sie haben meine neue Adresse nicht? Ich begreife es, denn ich ziehe ziemlich häufig um, aus Gründen der Verschwiegenheit ... ich mag nicht, daß die Nachbarn sich zu sehr mit mir beschäftigen. Aber Sie müssen da hinunter gehen, nach der Avenue des Gobelins, und bei Virginie, der Frau vom Fumeron, nachfragen: Sie weiß immer, wohin man an mich vertrauliche Mitteilungen adressieren kann ... Aber so ein Unglück! Daß Sie in einem solchen Zustand gekommen sind!“

Die sensible Dame zerdrückte eine Träne und glättete ihre Schmachtkleide: „Sie werden mir die Berechtigung widerfahren lassen, daß ich hartnäckige Anstrengungen gemacht habe, um Sie vor der kläffigen Schändung, durch den Sohn des Hauses ... zu schützen ... ich fühle es ... das war ausgemacht ... bei einer Mittheilung, ein Mädchen mit Ideen wie Sie ... bei Gott! Nicht das Trottoir war für Sie eine Gefahr ... Ach mein Gott! Daß ich Sie so mißbrauchen habe lassen! ... Wenn man bedenkt, daß einige meiner Schmachtkleider, seit mehreren Monaten bei alten Herren plackett, noch fast unberührt sind! Auf Ehrenwort! Sie könnten sich nahezu als Jungfrauen bei Anwendung einiger zusammengehöriger Mittel verheiraten!“

Seite
Montag den 13. Februar 1923
Volkszeitung
Sachsen
Keine mündlichen Verhandlungen
Bürgerliche Demagogie
Keine Ueberstunden im sächsischen Bergbau
Die Figurantin
Suletta stammelte Worte ohne Zusammenhang: Sie hatte sich nicht erinnert ...

